

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Stadtanschrift
Tageblatt Rieser
Herausg. Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Sobothain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weihen behördlicherseits bestimmter Blatt.

Postfachamt
Dresden 1522
Poststraße
Rieser Nr. 22

Nr. 64.

Montag, 17. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; vertraulicher und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Kopses oder sonstiger irgendwelcher Sicherungen des Betrages der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Poststraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittich, Rieser.

Das Ostland und der Polenvertrag.

Von Werner Freiherr von Rheinbaben, M. d. R.

Der Reichstagsabgeordnete Werner Freiherr von Rheinbaben, der als Schlichter die Materie der Ostlandfrage aus eigener Anschauung kennt, hatte mit unserem Berliner V. Mitarbeiter eine Unterredung über die Bedeutung des Polenvertrages für das Ostland. Dabei führte Herr von Rheinbaben folgendes aus:

Trotz monatelanger Erörterungen in der Öffentlichkeit und der Debatte im Reichstag ist die wahre Bedeutung des Polenvertrages allgemein immer noch nicht genügend erkannt worden. Insbesondere hat die Kritik der Opposition eine ziemlich weitgehende gefühlsmäßige Opposition hervorgerufen, die eine objektive und ruhige Beurteilung der Frage außerordentlich erschwert. Ich möchte mich hier in aller Kürze bemühen, auf vier verschiedene Gedankengänge hinzuweisen, ohne deren Verständnis jede Beurteilung des Vertrages zu Geschlossenheiten führen muß.

1. Schon seit 1926 hat sich die damals beziehungsweise in der Folgezeit auch von den Deutschen national gestimmte Außenpolitik bemüht, Polen zur Aufgabe der ihm verträglichsten und erträglichsten Liquidation reichsdeutscher Grundbesitzverhältnisse zu bewegen. Der Regierung hat Polen auch dafür erhebliche Gebotsangebote gemacht. In dem Bewußtsein, daß die Erhaltung einer deutschstämmigen Bevölkerung für die künftige Entwicklung im Osten für Deutschland von größter Bedeutung sein würde, hat der polnische Chauvinismus jedes Angebot bisher abgelehnt. Jetzt hat sich im Rahmen der Daager Verhandlungen für Deutschland eine Gelegenheit, diesen Gesichtspunkt wieder anzunehmen. Es wäre unersetzlich der Gipfel der Torheit gewesen, diese Möglichkeit auszulassen. Wir erhalten 55 000 Hektar reichsdeutscher Besitz und 80 000 deutsche Bauern und Zieblerfamilien auf ihrer Scholle. Dafür bezahlen wir jährlich etwa 20 Millionen Renten und Amortisation an die jenseits des polnischen Privatgüterbesitzers. Dieses Geschäft ist sicherlich wenig großzügig, belastet den deutschen Staat mit Zusatzlasten, aber es ist heute für das politische und militärische Wohl der Zukunft erwiesen, ob im deutsch-polnischen Abkommen Deutschland oder Polen das bessere Geschäft gemacht hat. Nach meiner Ansicht liegt es in unserer eigenen Hand, dafür zu sorgen, daß Deutschland der meist gewinnende Teil ist.

Die zweite Seite des Abkommens betrifft seine Einwirkung in den allgemeinen Prozeß der internationalen Politik, der jedoch durch die Unterfertigung des Reichspräsidenten unter die Young-Gebote eine Nachkriegsperiode beendet und einen neuen Weg gewiesen hat. So sehr sich der frühere Reichspräsident in Bezug auf die im Polenvertrag ausgesprochenen Verzichte getrennt und die öffentliche Meinung in schädlicher Weise beunruhigt hat, so recht er darin hat, daß wir keine wirkliche Liquidation der Vergangenheit geleistet haben und daß die unvollständige Liquidation nicht nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit, sondern überwiegend zu Lasten Deutschlands erfolgt ist. Immerhin wird erst die Zukunft erweisen, ob im deutsch-polnischen Abkommen Deutschland oder Polen das bessere Geschäft gemacht hat. Nach meiner Ansicht liegt es in unserer eigenen Hand, dafür zu sorgen, daß Deutschland der meist gewinnende Teil ist.

Die dritte Seite des deutsch-polnischen Abkommens ist die, daß es selbstverständlich nur einen Teil jener Neuverteilung der deutsch-polnischen Besitzung ausmacht, die mit einem neuen Schlagwort als „modus vivendi“ der deutsch-polnischen Beziehungen, als Art und Weise des Nebeneinanderlebens, bezeichnet worden ist. In dieser Ausdehnung des bisherigen Gegenstandes gehört der Handelsvertrag, ein verstärktes Eintreten für die Rechte unserer Minderheiten in Polen und vor allem nach der Klärung des Rheinlandes eine neue Zielsetzung in der europäischen Gesamtpolitik. Ich wiederhole das, was ich schon im Reichstag gesagt habe: Die englische und französische Politik hat durch ihren Druck, das Abkommen mit Polen jetzt und in dieser Form zu schließen, die Verpflichtung übernommen, den sicherlich fortwährenden Aktionen deutscher Völkerbundspolitik zum Schutze der Minderheiten mit erheblich größerem Verständnis entgegenzutreten, wie das bisherigerweise bisher der Fall war. Wird das nicht eintreten, dann kann mit Sicherheit heute schon gesagt werden, daß dieses Experiment zu einem „modus vivendi“ mit Polen zu kommen, scheitern wird, denn ein 65-Millionen-Volk wird und darf es nicht zulassen, daß nach vertragswidriger Vertreibung von einer Million seiner Staatsangehörigen vom Boden seines Reichslandes dieser wiederum gegen Vertrag und Recht die übrigen 400 000 verdrängt und vertrieben.

Viertens und letztens: Aus solcher Betrachtung und Wertung des Abkommens geht deutlich hervor, daß darin nichts enthalten ist, was geeignet wäre, unnötige Sorge zu begründen, daß die Ostmark hierdurch gefährdet oder irgendwas eingebüßt hätte, was der deutschen Zukunftsentwicklung nach Osten im Wege stehen könnte. Ich betrachte das Abkommen in dem vorher gesagten größeren Rahmen und mit weiteren Ausblicken im Gegenteil als Beginn einer weiteren Ausdehnung des gegenseitigen Verständnisses. Wer von dieser Ausdehnung den größeren Vorteil ziehen wird, das wird nicht durch den Vertrag entschieden, sondern durch die schicksalsherebe Verantwortung der Frage, ob Deutschland oder Polen der Lütigere ist. Ich halte es für ein Vermissen, daß

Der Gedenktag für die Toten des Weltkrieges. Trauerfeier im Reichstag.

11 Berlin, 16. März. Eine Gedenkfeier für die im Weltkrieg Gefallenen fand gestern, wie alljährlich, im Plenarsitzungsaal des Reichstags statt, während gleichzeitig noch in acht anderen Sälen Berlins, ebenso wie im Reich, ähnliche Erinnerungsfeste abgehalten wurden.

Die Bände und Emporen des riesigen Raumes waren schwarz dekoriert. Von dem Schwarz der Bekänge hoben sich gewaltige silberne Kreuze ab, dazwischen von Trauerflor umwundene silberne Kränze. Das Rednerpult war flankiert von zwei gewaltigen Plänen aus Glas, die von innen erleuchtet, ein mattes Licht verbreiteten. Die Studentenschaft war mit zahlreichen Abordnungen und Bahnen erschienen und hatte rings um den Saal Aufstellung genommen. Ebenso hatten sich Fahnenabordnungen der Reichswehr hinter dem Rednerpult aufgestellt, das mit riesigen Lorbeer- und Blumenkränzen und Schleißen in den Reichsfarben geschmückt war. Auf der Regierungsbühne hatten Reichsarbeitsminister Wisell, Reichswehrminister Dr. Brüner, Reichspostminister Dr. Schäbel, Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth, die Staatssekretäre von Schuber, Pünder und Zweigert, sowie die Vertreter der drei großen Religionsgemeinschaften Platz genommen.

Wenige Minuten vor 12 Uhr erschien Reichspräsident v. Hindenburg in Begleitung des Reichsministers des Innern Seuring, des Chefs der Heeresleitung v. Heise, des Chefs der Marineleitung Admiral Raeder, des Staatssekretärs Dr. Wehner und seines Adjutanten, Oberleutnant v. Hindenburg und wurde im Vestibül durch die Vizepräsidenten des Reichstags Esser und v. Kardorff, sowie von dem Direktor des Reichstags, Galle, empfangen. Als Reichspräsident v. Hindenburg die große Loge betrat, erhob sich die Trauergemeinde von ihren Plätzen.

Die Feier wurde eingeleitet durch den koselischen Hofsänger unter Leitung des Obermusikmeisters A. D. Albert Hofmann, der „Aias Tod“ aus der Peer-Gent-Suite von Grieg spielte. Es folgten Gesänge aus „Deutsche Kantate“, vorgelesen von dem Berliner Lehrer-Gesangsverein unter seinem stellvertretenden Dirigenten Studienrat Walter Schmidt.

Dann betrat Reichstagsabgeordneter Geheimrat Justizrat Professor D. Dr. Kahl das Rednerpult und hielt eine ergreifende Gedenkrede, in der er nach knappen einleitenden Sätzen an alle die Mahnung richtete: Gedenkt unserer Toten in Ehrfurcht und Dankbarkeit! Gedenkt ihrer aber nicht in weidlichem Sinne, sondern in der harten Stimmung und Entschlossenheit heiligen Opfernutes! Gedenkt ihrer nicht in Hoffnungslosigkeit, als ob das Opfer vergeblich gewesen sei, sondern im tiefsten Glauben und im unerschütterlichen Glauben an die deutsche Zukunft. Es muß doch Frühling werden.

Weiter führte der Redner u. a. noch aus: Der Volkstrauertag kennt keine konfessionelle Trennung. Er ist ein Vorbild des deutschen Volkes, das sich sammelt um die Ruhestätte seiner Toten. Geheiligte Anerkennung hat der deutsche Volkstrauertag noch immer nicht, obwohl sie schon

oft begehrt und verlangt worden ist. Aber die Einrichtung wird kommen und muß kommen. Aufrichtigen Dank und warme Anerkennung schuldet das deutsche Volk dem Ende 1918 gegründeten Volkshund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der aus Kleinem und Zerstretem entstanden ist und seine Liebesarbeit gründet auf die große Allgemeinheit. 13 000 Stätten unserer entschlafenen Helden werden heute vom Volkshund betreut, unterstützt von den Reichsbehörden des Innern und des Reichs. 44 Verbände und über 3000 Ortsgruppen gehören dem Volkshund an, der sich über das ganze deutsche Reich erstreckt. Und welche Liebesarbeit hat dieser Bund zu leisten an den zwei Millionen Toten des Krieges, von denen nur 200 000 in deutscher Erde ruhen, die andern in 38 Ländern und auf dem Meeresgrund; von Ost nach West, von Palästina bis Frankreich und Belgien, von Nord nach Süd, von Rußland bis Italien sind die Gräber unserer teuren Toten verstreut.

Werden es, so fuhr der Redner fort, unsere letzten Kriegstoten gewesen sein? Welchen wir dieser ersten Frage nicht aus. Nicht als Propheten können wir heute sagen, wir antworten mit ja oder nein. Wir wollen ein ehrliches Bekenntnis ablegen. Es muß eine internationale Stelle geschaffen werden, die alle Fragen des Streites und des Zwischenfalls entscheiden kann. Es geht heute nicht bloß um die sogenannte Humanisierung des Krieges, nicht bloß um die Verhinderung des Krieges; es geht heute um die Frage der Befriedigung, der Abschaffung des Krieges. Es steht eine Umstellung in dieser Beziehung in der ganzen Welt bevor. Deutschland hat als erstes Land bereits am 27. August 1928 den Kriegsschlichtungspakt unterschrieben. Alles muß danach streben, daß kein Krieg mehr auf Erden entzünden kann. Wer wollte solchen Zielen und Idealen nicht grundföhllich zustimmen? Aber die Frage, ob es die letzten Kriegstoten gewesen sind, können wir nicht mit einem unumföhllichen „ja“ beantworten; denn oft sind Kriege entstanden, die wie ein Sturmwind dahergebraut kamen und von denen man nicht wußte, von wannen sie kamen und wohin sie gingen.

Nach einem weiteren Gesangsbeitrag des Chores sangen die Teilnehmer, während die Versammlung sich vor ihren Plätzen erhob und die Fahnen sich senkten, das Lied „Ich halt' einen Kameraden“. Der gemeinsame Gesang der ersten und dritten Strophen des Deutschlandliedes bildete den Abschluß der Feier.

Reichspräsident v. Hindenburg verließ darauf in Begleitung des Chefs der Heeresleitung, General v. Heise, und seines Adjutanten, des Oberleutnants v. Hindenburg, das Haus und schritt die vor dem Reichstagsgebäude aufgestellte Ehrenkompanie ab. Bei seiner Abfahrt wurden ihm von der zahlreichen Menge, die sich inzwischen angesammelt hatte, lebhafteste Huldigungen dargebracht.

Während der Trauerfeier trafen mehrere mit Trauerrömpfen versehene Flugzeuge der Deutschen Luftwaffe über dem Reichstag und dem Stadtturmern.

Eine Protektion der rechtsorientierten Jugendverbände.

11 Berlin. Vertreter aller rechtsorientierten Jugendverbände veranlaßten gestern vormittag eine Protektion gegen die politischen Verträge von Versailles bis zum Polen-Abkommen. Nach Beratung einer kurzen Inhaltsangabe der verschiedenen Dokumente geriet der Sprecher vor den Augen der Versammlung die Texte des Versailler Vertrages, des Locarno-Paktes, des Young-Planes und des Polen-Abkommens. Es wurde dann erklärt, daß von jetzt ab die Fahne der nationalen Jugend die schwarze Fahne sei, die Versammlung gelobe auf diese Fahne, das sie sich an die Verträge nicht gebunden fühle und alle Zeit gegen sie in Aufrubr stehe.

Ein deutsches Gefallenendenkmal in Genf.

* Genf. Die deutsche Kolonie in Genf weihte am Volkstrauertag unter Teilnahme sämtlicher deutscher Verbände und Vereine ein neues Gefallenendenkmal ein, das aus Mitteln der in Genf lebenden Deutschen errichtet worden ist. Das Denkmal ist von dem Bildhauer Jugaya in Konstanz errichtet. An der Einweihungsfeier auf dem Friedhof nahmen der gegenwärtig in Genf weilende Reichswirtschaftsminister Schmidt, die Mitglieder der deutschen Abordnung auf der Balkenkonferenz, der deutsche Generalkonsul Dr. Voelker, die deutschen Beamten des Völkerbundssekretariats und des Internationalen Arbeitsamtes, die deutsche Presse und in großer Zahl die Mitglieder der deutschen Kolonie in Genf teil.

zeugnis abzugeben für einen verantwortungsbewußten Politiker, anstatt gemeinsam mit uns anderen die Ostmark sachlich aufzuklären und sie für ihren Kampf zu stärken, sie nur zu beunruhigen und ihr durch dauerndes Wiederholen eingebildeter Gefahren Kraft und Lebensmut für ihre große nationalpolitische Aufgabe zu nehmen. Ich hoffe trotzdem, daß bei ruhiger sachlicher Abwägung aller Faktoren wir durch Taten, d. h. durch Herausbringen eines auf Jahre hinaus systematisch die Ostmark führenden Programms, den Menschen der Ostmark durch die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Landwirtschaftshilfe zeigen, daß eine neue und bessere Ära für sie zwar spät aber doch nicht zu spät begonnen hat.

Die Besprechung beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichspräsident nahm heute den Vortrag des Reichskanzlers Müller und des Reichsjustizministers v. Guhrard über die mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen in Zusammenhang stehenden Rechtsfragen entgegen. An der Besprechung nahmen ferner teil die Staatssekretäre Dr. Joel, Zweigert und Dr. Wehner, sowie der Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Dr. Gaus. Eine Entscheidung über die Verhängung des Gesetzes hat der Reichspräsident noch nicht getroffen.

Die Finanzfachverbände der Regierungsparteien

legten heute vormittag im Reichstag ihre Besprechungen über das Finanzprogramm fort.

Zarifundigung in der sächsischen Metallindustrie.

* Chemnitz. Die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller hat den Tarifvertrag für die sächsische Metallindustrie zum 30. 6. 30 geföhlgt.